

## **Einbringung des Doppelhaushaltes 2016 und 2017**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

nach dem neuen kommunalen Haushaltsrecht soll der Haushaltsplan nicht nur Zahlenwerk sein, sondern auch steuern und die strategische Ausrichtung einer Kommune darlegen. Hierfür ist es wichtig, Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen, diese zu bewerten und Konsequenzen daraus zu ziehen.

Die kommunale Selbstverwaltung mit der starken Stellung des Gemeinderates als das Hauptorgan und des Oberbürgermeisters als zweites Organ in Baden-Württemberg war, ist und bleibt eine sehr wichtige Säule für eine bürgernahe Politik ebenso wie für die Erhaltung des Wohlstandes der Menschen in unserem Land. Deshalb will ich eingangs in aller Klarheit darauf hinweisen und dies auch kritisieren, dass gerade diese kommunale Selbstverwaltung zunehmend beschnitten wird. Die auch in unserer Stadt schon hinlänglich diskutierten europäischen Wasserrahmenrichtlinien haben zu Vorgaben beispielsweise bezüglich der Durchgängigkeit von Gewässern geführt, die in unserer Stadt durchaus kritisch hinterfragt werden und Zweifel aufkommen lassen, ob diese weitgehenden Vorgaben, die uns als Kommune einschränken, notwendig sind. Die Konzessionsvergaben für die Strom- und Gasnetze werden landauf, landab von den großen Energiekonzernen mit teuren Gerichtsverfahren angefochten.

Wer statt der Abhängigkeit von Großkonzernen auf die kommunale Selbstbestimmung und Wertschöpfung für die Kommunen und damit deren Bürger setzt, wird vom Bundesgesetzgeber wie auch der Gerichtsbarkeit alleingelassen und muss einen langen Atem aufbringen, um die auf kommunaler Ebene organisierten Interessen der Bürger zu vertreten. Konzerninteressen scheinen hier wichtiger zu sein als verlässliche Rahmenbedingungen für die Kommunen.

Und schließlich kürzt das Land die finanziellen Spielräume der Kommunen Schritt für Schritt, indem Aufgaben konsequent an die Kommunen abgegeben werden ohne einen angemessenen Finanzausgleich, wie er durch das Konnexitätsprinzip eigentlich vorgeschrieben ist, zu leisten. Die Rahmenbedingungen für die Kommunen verschlechtern sich, das Gegenteil wäre für eine gute Weiterentwicklung in unserem Land richtig und wichtig.

### **Politik für die „Träger“ unseres Gemeinwesens – Belastung für die Bürger begrenzen**

Ich möchte mit der Einbringung dieses Doppelhaushaltes für die Jahre 2016 und 2017 die guten Botschaften voranstellen. Aufgabenzuwächse, höhere Qualitätsanforderungen an die Aufgabenerledigung und nicht zuletzt eine teilweise ausufernde Bürokratie und Reglementierungswut belasten nicht nur die betroffenen Mitarbeiter, sondern auch die öffentlichen Haushalte in erheblichem und zunehmendem Maß. Dies hat dazu geführt, dass die Empfänger von Leistungen der Kommunen – beispielsweise im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung –, aber vor allem auch die Leistungsträger mit ihren Steuern – Grundsteuer für den Häuslebesitzer wie auch den Landwirt oder auch die Gewerbesteuer –

immer stärker belastet worden sind. Der vorliegende Haushaltsplanentwurf sieht gleichbleibende Gebühren für die Wasserversorgung vor, das gleiche Ziel wird für die Abwassergebühren und im Bereiche des Niederschlagswassers angestrebt, wobei hier noch keine endgültige Kalkulation vorliegt. Genauso wollen wir die Hebesätze für die Grundsteuer für die Landwirtschaft wie auch für das allgemeine Grundvermögen – also vor allem auch für den Häuslebesitzer – und auch die Gewerbesteuer stabil halten. Mit der Vermeidung steigender Lasten für die breite Bevölkerung, die ganz überwiegend mit durchschnittlichen Einkommen ihren Lebensunterhalt bestreiten muss, wollen wir ein klares Signal setzen. Wir wollen nicht an der Gebühren- und Steuerschraube drehen, um die Einnahmen den Ausgaben anzupassen, sondern mit dem vorhandenen Geld der Bürgerinnen und Bürger auskommen. Bürgerinnen und Bürger wie auch Unternehmen in unserer Stadt zahlen bereits jetzt geringere Gebühren und Steuern als im Durchschnitt unseres Landes, diesen Standortvorteil wollen wir mit dem nächsten Doppelhaushalt weiter ausbauen.

### **Solide Finanzen als Grundlage für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt**

Beginnend mit dem Doppelhaushalt 2008 und 2009 haben wir weitreichende und wirksame Entscheidungen getroffen, um den Kernhaushalt zu konsolidieren. Die Erfolge sind sichtbar. Die Verschuldung im Kernhaushalt haben wir in diesem Zeitraum von über 11 Millionen € auf 4,2 Millionen € reduziert. Die laufenden Ausgaben haben wir so den vorhandenen Einnahmen angepasst und darüber hinaus Spielräume für erhebliche Investitionen geschaffen.

Die laufenden Ausgaben mit den laufenden Einnahmen zu bestreiten - also einen Zahlungsmittelüberschuss zu erwirtschaften - wird aber zunehmend schwerer. Der hohe Ausbaustand und auch das Alter vieler Infrastruktureinrichtungen drückt sich in zahlreichen Sanierungsmaßnahmen und sonstigen Projekten aus. Vorhaben mit einem Volumen in Höhe von über 3,2 Millionen € mussten allein hierfür im Ergebnishaushalt veranschlagt werden und drücken auf das Ergebnis. Angefragte Betreuungsangebote und damit verbunden die Erweiterung von Betreuungsplätzen führen allein in den Kindertageseinrichtungen der Kernstadt und der Schulkindbetreuung in Mösbach, die wir nach den schon bestehenden Schulkindbetreuungen in den anderen Stadtteilen hier auch eingeführt haben, zu jährlichen Mehrbelastungen bei den Personalausgaben in Höhe von 170.000 €. Die nach dem jüngsten Streik vorgenommenen tariflichen Erhöhungen belaufen sich allein für die städtischen Kindertageseinrichtungen auf jährliche Mehrausgaben in Höhe von etwa 200.000 €, demgegenüber stehen Mehreinnahmen durch die Erhöhung der Kindergartengebühren mit 13.000 €.

Diese wenigen Beispiele stellvertretend für viele machen deutlich, dass die Spielräume immer knapper werden. In mehreren verwaltungsinternen Sparrunden haben wir deshalb die laufenden Ausgaben mehrfach überprüft und auf das Mindestmaß aus unserer Sicht zurückgeführt. Gleiches gilt für die Personalausgaben. Den ständigen Zuwachs an Aufgaben wie beispielsweise die steigenden Fallzahlen beim Wohngeld nach dem neuen Wohnraumförderungsgesetz oder neue Aufgaben beim Gutachterausschuss, versuchen wir mit gleichem Personal zu bewältigen.

Einige neue Stellen konnten wir haushaltsneutral darstellen, indem wir beispielsweise für die Schulsozialarbeit am Gymnasium und an der Robert-Schumann-Realschule Sponsorenmittel und Zuschüsse eingesetzt oder auch das Geld bei bestehenden Budgets abgezackt haben. Trotz eingehender Überlastungsanzeigen oder der zumindest grenzwertigen Belastung vieler unserer Beschäftigten, trotz jetzt schon vorhandener und teilweise unbezahlter Überstunden sieht der Stellenplan für den nächsten Doppelhaushalt im Verwaltungsbereich nur geringfügige und aus unserer Sicht absolut unabwendbare Veränderungen vor. Damit wollen wir unseren Beitrag dazu leisten, die strukturelle Ausgangslage des Haushalts nicht zu verschlechtern. Ich hoffe, dass wir mit diesem Stellenplan eine ordnungsgemäße Aufgabenerledigung noch gewährleisten können. Ich will aber klar hinzufügen, dass damit die „Zitrone restlos ausgequetscht“ ist und wir etwaige weitere Stellenanforderungen im Laufe der nächsten beiden Jahre nicht ausschließen können.

Strukturell gestärkt wird der nächste Doppelhaushalt durch die über die Energiewerk Ortenau begründete Beteiligung an badenova und dem Elektrizitätswerk Mittelbaden. Die werthaltigen Beteiligungen verbessern nicht nur die Finanzstruktur nachhaltig durch den für die ewo-Kommunen geschaffenen Beteiligungswert in Höhe von über 25 Millionen €. Darüber hinaus kann mit den ausgeschütteten Dividenden für die ewo-Beteiligungsgesellschaft der Schuldendienst für Zins und Tilgung komplett geleistet und außerdem allein an die Stadt Achern eine überschießende Dividende von knapp 400.000 € ausbezahlt werden.

Da auch keine Rückstellungen für Netzunterhaltung gebildet werden muss, steht dieser Betrag für kommunale Aufgaben zur Verfügung und erbringt für das von der Stadt eingebrachte Eigenkapital eine Verzinsung von fast 10 %.

Neben dieser geschaffenen Wertschöpfung ist es auch gelungen, dass über die Bürgerstiftung Achern und der Region mit privaten Spenden und Einlagen wichtige Projekte finanziert werden; über die ebenfalls vergleichsweise neue Regionalstiftung der Sparkasse fließt in die Kommunen, welche Träger der Sparkassen sind, Geld für wertvolle Projekte. So wie die Genossenschaftsbanken ihren „Genossen“ gleichfalls eine Dividende auszahlen, leistet dies die Sparkasse in ihre Trägerkommunen. Aus beiden Stiftungen – der Bürgerstiftung Achern und der Region sowie der Regionalstiftung – werden auch in den nächsten beiden Jahren sechsstellige Beträge fließen und so zusätzliche Wertschöpfung bringen.

Trotz sich verschlechternde Rahmenbedingungen können wir so dank erheblicher Kraftanstrengungen und Sparbemühungen sowie einiger neuer Finanzierungsquellen aus dem Ergebnishaushalt für die nächsten beiden Jahre einen Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von 7,2 Mio. Euro erwirtschaften. Das frühestens für das Jahr 2020 vom Landesgesetzgeber vorgegebene Ziele, mit diesem Zahlungsmittelüberschuss die Nettoabschreibungen zu erwirtschaften – für den nächsten Doppelhaushalt wären dies für beide Jahre 4 Millionen Euro – haben wir also jetzt schon erreicht. Mit diesem Doppelhaushalt können wir also im Ergebnishaushalt strukturell eine gesunde Finanzstruktur weiter abbilden.

Allerdings muss auch darauf hingewiesen werden, dass nach dem vorgelegten Entwurf mit den in großem Maß angemeldeten und sicherlich auch notwendigen Investitionen dieser Zahlungsmittelüberschuss nicht ausreichend ist und im Finanzhaushalt eine Darlehensaufnahme für beide Haushaltsjahre in Höhe von 5,6 Mio. Euro notwendig wäre. Nach Abzug der vorgesehenen Tilgung in Höhe von 1.345.000 Euro verbliebe noch eine Netto-Neuverschuldung in Höhe von 4.255.000 Euro. Einschließlich der Haushaltsansätze in den „Werken“ ergäbe sich sogar eine Darlehensaufnahme in Höhe von insgesamt 16.769.000 Euro, nach Abzug der ordentlichen Tilgung in Höhe von 6.017.000 Euro ergäbe dies immer noch eine Netto-Neuverschuldung insgesamt von 10.752.000 Euro. Damit wäre der Prozess der bisherigen Entschuldungspolitik unterbrochen. Deshalb muss unser ganzer Ehrgeiz dem Ziel gelten, diese Darlehensaufnahme möglichst zu reduzieren.

### **Beitrag zur Bewahrung der ökologischen Lebensgrundlagen**

Wir wollen unsere Stadt nicht nur auf einer gesunden ökonomischen Grundlage sehen, sondern auch einen kommunalen Beitrag für die ökologischen und damit natürlichen Lebensgrundlagen auf unserem Planeten leisten. In dem in diesem Jahr vorgelegten Umweltbericht unserer Stadt haben wir diesbezüglich zahlreiche Aktivitäten dargestellt, auf die ich verweisen möchte. Ausdrücklich möchte ich aber darauf hinweisen dass die über unser Energiewerk Ortenau begründeten Beteiligungen mit den gezahlten Einlagen in Höhe von über 25 Millionen € von den Unternehmen badenova und Elektrizitätswerk Mittelbaden überwiegend in ökologische

Projekte investiert worden ist, insbesondere in Windkraftprojekte wie die Prechtaler Schanze oder auch Wasserkraftanlagen. Insoweit hat diese Beteiligung für uns nicht nur die bereits beschriebenen ökonomischen Vorteile gebracht, sondern auch einen wertvollen Beitrag zur Ökologie geleistet.

## **Achern als Wirtschaftsstandort und Wohnortgemeinde weiter stärken**

Im Vergleich zum Vorjahr 2013 ist in dem bereits abgeschlossenen Jahr 2014 die Gewerbesteuer von 19,6 Million € auf 15,3 Millionen € deutlich zurückgegangen. Diese Entwicklung ist für den Haushalt unserer Stadt zweifellos schmerzhaft. Gleichwohl hat sich im gleichen Jahr der Wirtschaftsstandort Achern trotzdem positiv weiterentwickelt. 2013 hatten wir mit 11.511 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen einen Nachkriegsrekord erreicht. Diesen haben wir im Jahr 2014 nochmals um 410 Arbeitsplätze gesteigert auf 11.921 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Diese Zahlen zeigen, dass unsere Wirtschaftspolitik erfolgreich war. Diese Bemühungen müssen wir auch in den nächsten Jahren fortsetzen.

Parallel dazu muss weiterer Wohnraum geschaffen werden. Bei geschätzten 8.000 bis 9.000 Haushalten wird die Stadt es nicht stemmen können, selbst auch nur für einen Bruchteil der Menschen mit geringerem oder mittlerem Einkommen Wohnungen mit günstigen Mieten herzustellen. Die Tatsache, dass in allen mittleren und größeren Städten unseres Bundeslandes die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und auch völlig unabhängig von etwaigen schon bestehenden Wohnungsbaugesellschaften ein Thema ist, zeigt, dass wir hier in der Stadtentwicklung und Stadtplanung strategische Instrumente einsetzen müssen. Darüber hinaus bieten sich Baugebiete in städtischem Eigentum für diesbezügliche innovative Projekte an.

Die städtebauliche Entwicklung mit den dafür angedachten Wettbewerben sowohl für Teilbereiche der städtischen Grundstücke im Bereich der Lammbücke wie auch der gesamten Illenauwiesen sollten hier für innovative Überlegungen genutzt werden. Wohnraum schaffen und damit auch Entwicklungsperspektiven geben, wollen wir aber auch in den Stadtteilen. Nach den auf den Weg gebrachten Baugebieten in den letzten Jahren hoffen wir zuversichtlich, dass wir mit weiteren Baugebieten wie beispielsweise dem Bühli in Mösbach, Eichbühl Süd in Gamshurst oder Langmatt-Rötz II in Wagshurst zeitnah zur Realisierung kommen. Die von uns beauftragte Kommunalberatung Berner hat zum Bühli heute mitgeteilt, dass alle Kostentragungsvereinbarungen unterschrieben sind und mit dem Grunderwerb noch in diesem Jahr begonnen wird. Für all diese vorgenannten städtebaulichen Projekte haben wir die erforderlichen Finanzmittel bereitgestellt.

### **Infrastruktur und Einrichtungen erhalten – Stadtteile stärken**

In unserer Stadt wurde in den letzten Jahren und auch schon Jahrzehnten die Infrastruktur erheblich ausgebaut. Zuletzt wurde beispielsweise in die Stadtbibliothek oder auch das Schwimmbad investiert, Investitionen, die von der Bevölkerung sehr positiv und in großer Zahl genutzt werden. Tatsache ist aber auch, dass viele öffentliche Gebäude in die Jahre gekommen und auch viele Straßen und Wege sanierungsbedürftig sind. Allein für Sanierungsmaßnahmen in der Hornisgrindehalle, der Winfried-Rosenfelder-Halle, der Maiwaldhalle sowie den Turn- und Festhallen in Önsbach und Mösbach sind etwa 1.500.000 € im nächsten Doppelhaushalt veranschlagt.

Allein der Aufwand für Sanierungsmaßnahmen aufgrund von Legionellen in Önsbach, Wagshurst und Mösbach beläuft sich auf 437.000 €. Die darüber hinaus zur Verfügung stehenden Globalmittel im Hochbau für Sanierung von Grundstücksentwässerungsanlagen, Wohnungen oder auch Gebäudeverkabelungen in Schulen belaufen sich auf etwa 900.000 €, die Globalmittel für die Sanierung von unterschiedlichen Plätzen, Fahrbahnen und Wegen sowie Brücken auf über 2 Millionen €. Diese Beträge haben wir im vorliegenden Haushaltsplanentwurf veranschlagt. Darüber hinaus müssen wir bei den Haushaltsplanberatungen über die von den Schulen angemeldeten Sanierungsaufwendungen diskutieren. Beispielsweise hat allein das Gymnasium für die Erneuerung der Physik- und Chemiesäle, die Flachdachsanierung und die Sanierung der Mädchentoiletten einen Sanierungsbedarf in Höhe von 1.600.000 € angemeldet, die Gemeinschaftsschule ebenfalls für bauliche Maßnahmen insbesondere im Sanierungsbereich einen Bedarf von über 1 Million €. Deshalb müssen wir für unsere Schule im Rahmen der Haushaltsplanberatungen über Sanierungskonzepte sprechen, aber auch über Schulraumkonzepte aufgrund der Veränderungen der Schülerzahlen und der Schullandschaft.

Ebenfalls im Haushalt veranschlagt haben wir die Fortsetzung der Sanierung der Illenau, konkret für den Südostflügel. Den Finanzbedarf hierfür sehen wir bei 3,5 Millionen €; aufgrund bestehender Restmittel und vor allem auch nur noch für eine begrenzte Zeit verfügbare Zuschüsse müssen im nächsten Doppelhaushalt für diese Gesamtinvestitionen nochmals 1.225.000 € netto veranschlagt werden, ebenso wie 1.455.000 als Restfinanzierung für den Neubau der Jahnhalle.

Während viele vergleichbare Städte wie auch Firmen oder Institute einen Kurs der Konzentration ihrer Angebote verfolgen, sind wir vom Erfolg unserer dezentralen Infrastruktur mit Angeboten in allen neun Stadtteilen überzeugt. Das Bekenntnis zur dezentralen Struktur bei der Feuerwehr heißt für uns deshalb aber auch Unterhaltung von acht Feuerwehrhäusern und des dazugehörigen „Fuhrparks“, deshalb sind im nächsten Doppelhaushalt auch die erforderlichen Mittel für die Restfinanzierung für das Feuerwehrhaus Fautenbach veranschlagt wie auch die Beschaffung eines Löschfahrzeuges für Fautenbach mit 280.000 €, eines Staffellöschfahrzeuges für Großweier mit 180.000 € sowie die Beschaffung von Mannschaftstransportwagen für Mösbach, Önsbach und Wagshurst und eines Kommandowagens. Den Ausgaben in Höhe von 586.000 € stehen hier lediglich Einnahmen aus Zuschüssen in Höhe von 138.000 € gegenüber. Trotz dieses erheblichen Aufwands sind wir überzeugt davon, dass das Konzept unserer Abteilungswehren sowohl für das Feuerlöschwesen wie auch die Förderung des Gemeinschaftslebens in den Stadtteilen von großer Bedeutung sind und deshalb diese Investitionen gut angelegt sind. Es muss aber auch klar gesagt werden, dass diese Ausgaben dann selbstverständlich für andere Vorhaben nicht mehr zur Verfügung stehen. Und wir stehen auch hinter den Investitionen für die Umsetzung des Medienplans in allen Grundschulen unserer Stadt mit etwa 750.000 €, davon allein 580.000 € für Gebäudeverkabelung. Auf diese Weise leisten wir einen wichtigen Beitrag zum Fortbestand der Grundschulen und hoffen zuversichtlich, dass diese Bemühungen vom Land unterstützt und nicht konterkariert werden.

## **Stadt weiterentwickeln – Schwerpunkte der kommunalen Betätigung festlegen**

Zu den besonderen Herausforderungen der Zukunft und konkret auch für den nächsten Doppelhaushalt wird gehören, die für eine gedeihliche und zukunftsfähige Entwicklung gehörenden Projekte und Schwerpunkte zu erkennen und zur Realisierung die wirkungsvollsten und wirtschaftlichen Wege zu finden. Ich habe diesbezüglich bereits zum sozialen Wohnungsbau einige Überlegungen dargelegt. Ganz sicher muss auch der Ausbau der Breitbandversorgung, über den wir heute Abend noch sprechen werden, an dieser Stelle genannt werden. Und wir müssen auch über Wege sprechen, dass wir auch weitere Möglichkeiten und Räume des sozialen Miteinanders erhalten und bei Bedarf neu schaffen. Dabei denke ich an den bedarfsgerechten Ausbau von Sportanlagen – ich verweise diesbezüglich auf entsprechende Wünsche, zum Beispiel aus Großweier, Önsbach oder Oberachern – oder auch Erweiterungsmöglichkeiten von bestehenden Hallen bzw. Proberäumen, wie wir es in Sasbachried diskutiert haben. Mir ist es ein großes Anliegen, dass wir für diese Wünsche kluge Finanzierungs- und damit Realisierungswege im Rahmen dieser Haushaltsplanberatungen finden werden.

Unvermeidbar wird es auch sein, dass wir uns mit dem Hochwasserschutz befassen müssen. Im kommenden Jahr soll das Planfeststellungsverfahren eingeleitet und dann schon zeitnah mit dem Bau von Hochwasserschutzmaßnahmen begonnen werden.

Im Vorfeld des Baus muss eine Kostentragungsvereinbarung mit dem Land abgeschlossen werden, wofür wir eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.600.000 € veranschlagt haben. Darüber hinaus haben wir im nächsten Doppelhaushalt für Hochwasserschutzmaßnahmen der Stadt einen Betrag von insgesamt 960.000 € vorgesehen, beispielsweise für den Erwerb benötigter Grundstücke. Die Erarbeitung und die Umsetzung der Generalsentwässerungspläne für die Stadtteile wird eine Aufgabe für die nahe Zukunft sein, die uns nur erhebliche Kräfte und vor allem auch Finanzmittel abverlangen wird.

Wenn wir uns die vorgenannten zahlreichen Projekte und Aufgaben vor Augen führen, dann wird deutlich dass wir an die Grenzen unserer Möglichkeiten kommen. Wer diese vorgenannten Wünsche aber für richtig und wünschenswert ansieht, der muss auch den Mut haben, ordnungspolitisch zu diskutieren, was zu den Aufgaben unserer Stadt künftig gehören soll und was möglicherweise nicht mehr leistbar ist. Wollen wir jedes Aufgabengebiet bearbeiten und jedem Wunsch entsprechen, dann werden wir entweder unsere Stadt überfordern oder den Weg bereiten, dass wir zumindest mittelfristig die Bürger mit steigenden Steuern in einem Maß belasten müssen wie ich es mir nicht wünsche.

Wir alle spüren und erfahren, dass unsere Welt und auch das Leben in unserer Stadt komplexer geworden ist.

Nicht nur für die ehrenamtliche Stadträtin oder den ehrenamtlichen Stadtrat, auch für eine hauptamtliche Stadtverwaltung mit dem Oberbürgermeister ist es eine große Herausforderung, die richtigen Schwerpunkte sich zu erarbeiten und die richtige Strategie für einen zukunftsweisenden Weg für unser Gesamtstadt zu finden. Wir alle investieren viel Zeit, um hierfür in Gesprächen mit den Einwohnern unserer Stadt deren Bedürfnisse zu ergründen, Vorschläge zu prüfen und daraus ein gutes Gesamtes zu formen. Deshalb führen wir seitens der Stadt und auch konkret durch meine Person zahlreiche Gespräche mit den Vertretern der Vereine, besprechen bei Jugendhearings oder Jugendneujahrsempfängen die Anliegen junger Menschen, erörtern mit Elternbeiräten, Schulsprechern und auch Schulleitern Möglichkeiten für eine gute Bildungspolitik und führen analog Gespräche mit den Leiterinnen der Kindertageseinrichtungen, den dortigen Elternvertretern und auch den Vertretern der Träger. Mit den Vertretern der unterschiedlichen Senioreneinrichtungen wird erörtert, wo wir für ältere Menschen seniorengerechte Angebote schaffen sollten und wie wir Menschen mit Handicap jeden Alters unterstützen können. Mit den Unternehmern treffen wir uns zum Gedankenaustausch beim Wirtschaftsclub, mit Vertretern der Arbeitnehmer beim jährlichen Arbeitnehmerempfang. Und last not least besprechen wir mit den Vertretern der jeweiligen Stadtteile über die Interessen derselben. Und schließlich haben wir eine gute Praxis, mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern Projekte gemeinsam zu entwickeln – beispielsweise bei der Umgestaltung des Schwimmbades – und Projekte zu realisieren. Dies alles ist wichtig und hat sich für die Entwicklung unserer Stadt bewährt.

Schlussendlich muss aber der Gemeinderat als Hauptorgan unserer Stadt, müssen wir als gewählte und einzig legitimierte Volksvertreter für die Bürger unserer Stadt, im Interesse des Gemeinwohls die wichtigen Entscheidungen treffen.

Bürgerbeteiligung kann unsere repräsentative Demokratie auf der Ebene unserer Stadt nicht ersetzen sondern nur unterstützen. Wenn wir über künftige Beteiligungsformen sprechen, dann müssen wir uns dieses Grundprinzip, von dessen Richtigkeit ich fest überzeugt bin, bewusst machen.

In diesem Sinne wünsche ich uns gute Beratungen des hiermit eingebrachten Doppelhaushaltes 2016 und 2017 zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt mit den richtigen Weichenstellungen für unsere gemeinsame Zukunft.